

# «Armutsspirale wird beschleunigt, statt dass man sie bricht»

**Stadtrat gegen Verschärfung** Winterthur hat sich beim Bund gegen eine Kürzung der Sozialhilfe für Ausländer ausgesprochen. Stadtrat Nicolas Galladé (SP) sagt, warum er langfristig höhere Kosten befürchtet und wieso die Flüchtlingskrise auch eine Chance ist.

Jonas Keller

Das Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) wurde 2019 geändert, nun plant der Bundesrat eine weitere Verschärfung: Ausländerinnen und Ausländer aus Nicht-EU-Staaten sollen in den ersten drei Jahren keinen Anspruch auf volle Sozialhilfe haben, sondern nur auf einen Bruchteil davon. Sozialstadtrat Nicolas Galladé (SP), Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik von rund 60 Schweizer Städten, erklärt, warum er dafür kämpft, die Gesetzesrevision zu stoppen.

**Herr Galladé, die Stadt Winterthur hat sich zusammen mit anderen Städten in der Vernehmlassung gegen eine weitere Revision des AIG gestellt. Was stört Sie an der Gesetzesänderung?**

Für uns zentral ist die Frage: Wie können wir Armut verhindern? Das geht in vielen Fällen nicht ohne Unterstützung. Der Bund macht schon jetzt zum Teil Vorgaben, die uns das erschweren. Mit der Verschärfung würden noch mehr Menschen gezwungen, unter dem Existenzminimum zu leben.

**Der Bund sieht das anders: Das Existenzminimum bleibe «in jedem Fall» gewährt, Kantone könnten «Besonderheiten von Einzelfällen» berücksichtigen.** Dem widerspreche ich gleich doppelt: Erstens legt der Bund in der aktuellen Revision klar fest, dass die Sozialhilfe für Nicht-EU-Bürger tiefer liegen muss als die regulären Leistungen – und diese orientieren sich am Existenzminimum gemäss Schweizerischer Konferenz für Sozialhilfe. Zweitens kann man die Leistungen nicht einfach individuell anpassen – der Grundbedarf ist schliesslich für alle der gleiche.

**Der Bund will damit den Anreiz erhöhen, sich den Lebensunterhalt selbst zu finanzieren. Sie glauben nicht, dass das funktioniert?**

Es gibt meines Wissens keine Belege dafür, dass mehr Druck die Integration auf dem Arbeitsmarkt verbessert. Manche können schlicht nicht arbeiten. Zum Beispiel weil ihre Qualifikationen nicht mehr gefragt sind oder weil es gesundheitlich nicht geht. Wenn man dann noch zu wenig Geld zum Leben hat, erschwert das alles zusätzlich.

**Was bedeutet das konkret für Betroffene?**

Man sieht das jetzt bei den Geflüchteten aus der Ukraine, für die mit dem Schutzstatus S, wie bei den vorläufig aufgenommenen, dieselbe Regel schon gilt. Wir halten uns an die Empfehlung der kantonalen Sozialkonferenz und zahlen ihnen 70 Prozent der regulären Sozialhilfe, also rund 700 statt 1000 Franken – andere Gemeinden gehen nochmals deutlich tiefer. Das Resultat: Die Geflüchteten sind auf private Unterstützung angewie-



Stadtrat Nicolas Galladé hält nichts von den Plänen des Bundesrates, den Zugang zur Sozialhilfe zu erschweren. Foto: Madeleine Schoder

sen. Die Miete und die Krankenkasse sind zwar gedeckt, verhungern muss auch niemand. Aber am sozialen Leben teilnehmen – nur schon einen Kaffee trinken gehen – ist für viele aus eigener Kraft kaum möglich. Das führt zu Rückzug statt zu Integration. Betroffen davon sind dann auch die Kinder. Die Armutsspirale wird beschleunigt, statt dass man sie bricht.

**Müsste die Stadt nicht froh sein, wenn sie bei der Sozialhilfe sparen kann?**

Kurzfristig könnte es für uns tatsächlich gewisse Einsparungen bedeuten. Auf die gesamten Sozialkosten gesehen macht das aber sehr wenig aus. Im Gegenzug haben die betroffenen Leute schlechtere Perspektiven. Sie integrieren sich gesellschaftlich

**«Die Beiträge des Bundes für die Geflüchteten aus der Ukraine reichen nicht.»**

Nicolas Galladé

und beruflich weniger und haben eine höhere Gefahr, dauerhaft auf Unterstützung angewiesen zu sein. Langfristig glaube ich deshalb, dass es eher teurer wird. Für mich ist aber sowieso klar: Bei den Ärmsten zu kürzen, ist keine verantwortbare Finanzpolitik.

**Die Städteinitiative Sozialpolitik lehnt auch den zweiten Teil der Gesetzesrevision ab: Ausländische Personen sollen für die Integration von Angehörigen mitverantwortlich sein.**

Es ist an sich gut gemeint: Die Leute sollen Verantwortung übernehmen für ihr Umfeld. Wie man das festlegt, ist aber erstens sehr willkürlich. Zweitens geht man da in Richtung Sippenhaftung. Wenn der Bruder als Jugendlicher etwas anstellt, kann

man ja nichts dafür. Trotzdem würde man dann über den Aufenthaltsstatus bestraft. Deshalb haben wir auch dagegen Stellung genommen.

**Hätte die Gesetzesrevision auch Auswirkungen auf Geflüchtete aus der Ukraine?**

Die bekommen bereits weniger als das Existenzminimum. Indirekt aber schon. Sollte der Status S dereinst in eine vorläufige Aufnahme oder gleich in eine Aufenthaltsbewilligung übergeführt werden, beginnt diese Person eigentlich wieder bei null. Sie müsste also noch mindestens drei weitere Jahre mit zu wenig Geld auskommen.

**Die Stadt hat ihre Meinung eingebracht. Was sind die nächsten Schritte?**

**Kanton Zürich ebenfalls gegen AIG-Revision**

Auch der Regierungsrat des Kantons Zürich hat sich im Zuge der Vernehmlassung gegen die Revision des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) ausgesprochen. Gemäss einem entsprechenden Beschluss vom 6. April 2022 sieht der Regierungsrat die Änderungen als «unzulässigen» Eingriff in die Zuständigkeit der Kantone. Sie seien ausserdem «nicht nötig, nicht sachgerecht und nicht zielführend». Die soziale Integration werde damit erschwert, eine positive Wirkung auf die berufliche Integration sei nicht belegt. Zudem würde der administrative Aufwand erhöht. «Das Sparpotenzial für Kantone und Gemeinden dürfte gering sein.» (jok)

Die Vernehmlassung war aus meiner Sicht recht klar: Städte und Kantone sind gegen die Verschärfung. Ich habe deshalb die Hoffnung, dass der Bundesrat davon abrückt. Bei den Geflüchteten aus der Ukraine wird jetzt offensichtlich, was es heisst, wenn man unter dem Existenzminimum durchkommen muss. Das bietet Chance für eine grundsätzliche Diskussion. Syrische Geflüchtete brauchen schliesslich nicht weniger zum Leben als ukrainische. Wenn der Bundesrat trotzdem an der Verschärfung festhält, würden wir auch im Parlament dagegen Einfluss nehmen.

**Der Ukraine-Krieg fordert das Sozialwesen der Stadt. Welche Kosten kommen auf Winterthur zu?**

Genau können wir es noch nicht sagen. Klar ist aber: Die Beiträge des Bundes reichen nicht. Wir gehen aufgrund unserer sonstigen Erfahrungen im Asylwesen davon aus, dass wir pro Fall und Monat etwa 200 Franken draufzahlen. Dazu kommen Kosten für die Einrichtung von Unterkünften, für zusätzliches Personal, für die Einschulung, für nicht gedeckte Gesundheitskosten...

**Der Bund müsste mehr machen?**

Auf jeden Fall. Bei der Integration und bei Sprachkursen, besonders aber bei den Unterbringungen. Da wird viel an die Kantone delegiert, je nach Kanton landet es dann auch schnell bei den Gemeinden. Überbewerten darf man die Kosten nicht: Wenn uns die Integration gut gelingt, dann wird sich das langfristig rechnen. Aber wenn wie befürchtet bis im Herbst 80'000 bis 120'000 Geflüchtete in die Schweiz kommen, dann sind wir bei der Aufnahmefähigkeit im dunkelorange bis roten Bereich. Der Bund und der Kanton müssten mehr eigene Unterkünfte zur Verfügung stellen, um uns Luft zu verschaffen.